Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 3

Artikel: NW-Gespräch mit Esther Rasumowsky, Andreas Gross und Marc Spescha : wie weiter mit der Armeeabschaffung?

Autor: Rasumowsky, Esther / Gross, Andreas / Spescha, Marc

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143530

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NW-Gespräch mit Esther Rasumowsky, Andreas Gross und Marc Spescha

Wie weiter mit der Armeeabschaffung?

NW: Meine Gesprächspartnerin und meine beiden Gesprächspartner haben zumindest zwei Dinge gemeinsam: Sie waren erstens von allem Anfang an bei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) dabei, und sie haben zweitens armeekritische Beiträge in den Neuen Wegen veröffentlicht. Heute möchten wir uns gemeinsam mit der Frage auseinandersetzen, wie die GSoA ihren grossen Abstimmungserfolg vom 26. November 1989 auswertet und welche Richtung sie in den kommenden Jahren einschlagen soll.

Esther Rasumowsky, Du hast im Juli/-Augustheft 1985 aus der damals erfolgten Lancierung der Initiative «Mut und Hoffnung für die nächsten paar Jahre» geschöpft. Deinen besonderen Beitrag an die Abstimmungskampagne hast Du als erfolgreiche Puppenspielerin geleistet. «Mut und Hoffnung» wurden durch die 35,6 Prozent Ja-Stimmen bestätigt. Was wird nun aus dem Feindbild, dem «Drachen» in Deinem Puppenspiel?

Entfeindung: vom Puppenspiel zur Realität

Esther Rasumowsky: Das Feindbild in meinem Puppenspiel ist nicht etwa die Armee, sondern «der andere», ein Wahnbild, das nach wie vor aktuell bleibt, ob es sich nun um sog. Asylanten, Drogenabhängige, Feministinnen usw. handelt. Insofern ist das Stück nach wie vor aktuell. Es verträgt im Moment aber sehr wohl eine Denkpause.

NW: Nun braucht die Armee selbst ein Feindbild, um sich in ihrer Existenz zu rechtfertigen. Glaubst Du nicht auch, dass der 26. November eine Erosion dieses Feindbildes anzeigt?

Esther Rasumowsky: Gewiss. Nur ist das wohl mehr ein Verdienst der Perestroika als der GSoA. Insofern ist die Armee aber tatsächlich erneut in Frage gestellt; denn ohne Feindbild verliert die Armee ihre wichtigste Voraussetzung. Ich habe im Verlauf der Aufführungen sehr *unterschiedliche Reaktionen des Publikums* auf meinen Petruschka beobachtet. Petruschka ist die traditionelle russische Handpuppenfigur, die unserem Kasper entspricht. Dieser Petruschka ist in meinem Spiel genauso verhetzt, genauso gerüstet wie der Kasper. Jeder hält den andern für den «Drachen», bis beide sich im andern wiedererkennen und merken: Der andere, das bist du selbst. Bei den ersten Aufführungen meines Puppentheaters 1984/85 haben die Leute manchmal fast den Atem angehalten, wenn der Petruschka plötzlich auf der Bühne erschien. Bei den letzten Vorstellungen haben sie nur noch schwach geschmunzelt. Niemand war mehr überrascht, der Effekt war einfach dahin.

NW: Marc Spescha, wir haben Dich vor zehn Jahren bei Deinem Militärverweigerungsprozess in Meilen kennengelernt. Die Neuen Wege dokumentierten damals Deine Beweggründe im Dezemberheft 1979. Dein letzter Beitrag erschien im Januarheft 1989 unter dem Titel «Nie genug konkrete Utopie – das Beispiel ‹Schweiz ohne Armee›». Ist die Utopie mit dem 26. November konkreter geworden?

Marc Spescha: Wenn ich die zehn Jahre zurückblicke, dann ist dieses Abstimmungsergebnis für mich eine grosse Genugtuung, vielleicht auch eine späte Bestätigung meiner damals noch sehr verpönten Handlung. Der 26. November ist insofern ein *historisches Ereignis,* als dabei der Nationalmythos «Wehrgemeinschaft Schweiz» unwiderruflich entzaubert wurde. Insofern hat die Armee aufgehört, ein unangefochtenes Instrument nationaler Identität zu sein. Man kann heute nicht mehr sagen: «Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee». Das Stigma des Landesverräters oder auch nur des irregeleiteten Exoten eignet sich nicht mehr, um uns zu diskriminieren.

Sicher sind wir einer Schweiz ohne Armee näher gekommen. Das Tabu ist gebrochen. Die Perspektive einer *gewaltfreien Gesellschaft* ist zumindest denkbarer geworden, auch wenn zum Beispiel bei der Parlamentsmehrheit die Lernbereitschaft noch in keiner Weise sichtbar ist.

Mit dem sanften Zwang der Initiative ein Tabu gebrochen

NW: *Andreas Gross, zahlreich sind die Artikel, Diskussionsbeiträge und Berichte, die Du in unserer Zeitschrift zur GSoA-Thematik veröffentlicht hast. Wir waren nicht immer derselben Meinung. Ob der Friede überhaupt mit dem Stimmzettel komme, war die Frage, über die wir uns vor der Lancierung stritten. Am 26. November gab es mehr als eine Million Stimmzettel für eine Schweiz ohne Armee. Sind wir dem Frieden damit näher gekommen?*

Andreas Gross: Wir sind sicher dem Frieden näher gekommen, weil wir über den Frieden nachgedacht, weil wir ihn auch soviel wie möglich praktiziert haben. Leute mit vermeintlich unversöhnlichen Positionen setzten sich zusammen, wagten öffentlich eine Diskussion und zeigten ihre Fähigkeit zur differenzierten Betrachtungsweise. Ein Dialog wurde möglich, den sich die Schweiz bis vor kurzem eigentlich gar nicht mehr zugetraut hätte.

Der Stimmzettel ist natürlich nur Ausdruck eines Prozesses, einer tiefen kollektiven Selbstbesinnung. Mit dem sanften Zwang der Initiative wurde es möglich, ein *Tabu zu brechen*, eine Grundsatzdiskussion in Gang zu bringen, eine Utopie zuhause und an den Stammtischen zum Gesprächsgegenstand zu machen. In diesem Prozess hat die schweizerische Gesellschaft gegenüber dem übrigen Europa aufgeholt. Mit einer Million Stimmen für die Initiative ist dieser Prozess weiter fortgeschritten, als wir zu hoffen wagten.

NW: *Die Frage war damals, inwiefern sich ein solcher Prozess des Umdenkens über eine Volksinitiative überhaupt in Gang bringen liesse. Sicher gab es inzwischen auch den Wandel im weltpolitischen Umfeld, die «flankierenden Massnahmen» von «Glasnost» und «Perestroika», die zum Ergebnis vom 26. November beigetragen haben.*

Andreas Gross: Man sollte es sich aber nicht zu leicht machen und meinen, wir hätten mit unserem Abstimmungstermin ganz einfach Glück gehabt. Eine der Hauptaussagen der 1977 bis 1979 entstandenen europäischen Friedensbewegung war, dass ein Krieg nicht mehr führbar und überlebbar ist. Wir haben diese These nicht auf die Kriegführung mit Nuklearraketen beschränkt, weil jeder, auch der konventionelle Krieg eine Katastrophe wäre. Esther Rasumowsky hat damals noch eine andere Erkenntnis mit dem inzwischen geflügelten Wort auf die Spitze gebracht: «Die Armee zerstört im Frieden, was sie im Krieg vergeblich verteidigen will.» Die Friedensforschung nennt das heute die *Zivilisationsunverträglichkeit der Armee.*

Wir wollten uns daher nicht zufriedengeben mit dem solidarischen Kampf gegen die Stationierung von Atomraketen, sondern waren der Meinung, dass der Kleinstaat eigene Möglichkeiten habe, um dieser Herausforderung zu begegnen. Wir begannen uns auf eine *progressive Tradition* kleinstaatlichen Denkens zu besinnen, wie sie von Hans Saner 1968 in seiner Karlsruher Rede bei der Verleihung des Hermann-Hesse-Preises (in: NW 1968, S. 303ff.) und von Roman Brodmann 1972 in seiner Politfiktion «Schweiz ohne Waffen» aufgegriffen wurde. Etwa zur selben Zeit hat Gorbatschow erkannt, dass der Krieg nicht nur nicht mehr überlebbar, sondern dass schon seine Vorbereitung ökonomisch nicht mehr verkraftbar ist.

Wir haben unsere Konsequenzen gezogen im Bewusstein, dass wir nicht die einzigen sind, die so denken und politisch an die Grenzen des Möglichen gehen möchten. So spielen fortschrittliche Kräfte einander in die Hände. Selbstverständlich haben wir Gorbatschow nicht soviel gebracht wie er uns. Aber das entspricht ja wohl der globalen Konstellation.

Ein anderes Gefühl, hier zu leben

NW: *Was uns am meisten überrascht hat, ist die Art und Weise, wie eine ursprünglich sehr blockierte Gesellschaft nach der Lancierung und vor allem nach dem Zustandekommen der Initiative zunehmen dialogfähig wurde.*

Esther Rasumowsky: Am Abstimmungssonntag war ich unterwegs in der Bahn. Es gab nur ein Thema: die Initiative und die ersten Resultate. Eine Schweiz ohne Armee wurde für die Leute vorstellbar. Es war ein überwältigendes Gefühl. Die Stimmung erinnerte mich an Brodmanns Essay «Schweiz ohne Waffen». Ganz anders war die Stimmung in den Anfängen unserer Arbeit von 1979 bis 1981. Wir waren damals «total out». Ich hatte mich bereits daran gewöhnt, als potentielle Landesverräterin angesehen zu werden. Auch innerhalb der Friedensbewegung wurden wir von vielen nicht ernst genommen. Da hat sich wirklich etwas verändert. Wir sind nicht mehr diese Outsider, diese komischen Randfiguren. Wir sind jetzt eine *Kraft* geworden, die ernst zu nehmen ist. Wir haben das Bewusstsein, dass wir nicht allein sind. Wo immer Militär in Erscheinung tritt, weiss ich, dass ganz viel Menschen mit mir an Abschaffung denken. Wenn ich weiss, dass mehr als eine Million Menschen für sich die Armee abgeschafft haben, dann ist das für mich eine andere Schweiz, ein anderes Gefühl, hier zu leben.

Marc Spescha: Die Idee wurde mit einer *Propaganda der Ehrlichkeit* in die Öffentlichkeit getragen. Wir bekannten uns zu einer radikalen Forderung, so dass man uns nicht mehr unterstellen konnte, wir wollten eigentlich etwas anderes. Das hatte etwas Erfrischendes und Befreiendes an sich und trug zur Entkrampfung von Diskussionen bei. Bei der Zivildienstdiskussion ist demgegenüber immer wieder gesagt worden: «Die wollen ja eigentlich die Armee abschaffen.»

NW: Wer öffentlich für einen Zivildienst eintrat, musste sich vorgängig zur militärischen Landesverteidigung «bekennen».

Marc Spescha: Ja. Durch diese Erfahrungen belehrt, hatten wir intuitiv den richtigen Schritt getan, indem wir uns das «Bekenntnis» zur Landesverteidigung nicht aufzwingen liessen, sondern im Gegenteil sagten: Über die Armee kann man wirklich reden. Man konnte uns nicht mehr unterstellen, wir würden mit gezinkten Karten spielen, sondern war gezwungen, auf unsere Argumente einzugehen. Dabei hat es sich erwiesen, dass nicht wir, sondern die Armeebefürworter in einem *Argumentationsnotstand* waren. Sie mussten sich bislang auch nicht legitimieren, sondern konnten sich einfach auf den Nationalmythos berufen. «Glasnost» und «Perestroika» sind uns beim Abbau des Feindbildes stark entgegengekommen. Die Unmöglichkeit, einen künftigen Krieg zu überleben, haben wir allerdings von Anbeginn ins Zentrum der Diskussion gestellt, und dieses Faktum hatte und hat seine Gültigkeit unabhängig von den Entwicklungen in Osteuropa.

Die Jugend wollte Argumente hören

NW: Die Entmythologisierung der Armee beruhte auf einem rationalen Diskurs, den viele in der Schweiz der achtziger Jahre nicht für möglich gehalten hätten. Warum dieser Diskurs in unserer blockierten Gesellschaft scheinbar plötzlich einsetzen konnte, bedürfte doch noch einer Antwort.

Andreas Gross: Die rationale Debatte hatte auch ihre Grenzen. Ich habe über hundert Diskussionen erlebt und war manchmal recht verzweifelt. Je etablierter der Politiker, umso unfähiger war er, rational zu diskutieren. Auf der andern Seite entsprach die Schweiz eben auch nicht dem Bild, das wir gemeinhin von ihr hatten. Wir nahmen das, *was möglich ist*, viel zu wenig wahr, was ja auch zur These von der «Kontraproduktivität» der Initiative führte. Was möglich ist, darf man nicht an dem messen, was die offizielle Schweiz und ihre Presse für möglich halten.

Es waren wahrscheinlich vier Quellen, die uns den Mut gaben, die Initiative zu lancieren: 1. Bereits die Auseinandersetzung von 1979 bei den Jusos, als wir mit Hans Saner ein Seminar über Gewaltlosigkeit durchführten, gab uns die *intellektuelle Sicherheit* für unser Vorhaben. 2. Zahllose Gespräche mit *Jugendlichen* über die Armeefrage führten zur Gründung neuer Juso-Sektionen, was uns zugleich zeigte, wie beschränkt die Realitätswahrnehmung der offiziellen Schweiz im Grunde war. Kühne radikale Thesen wurden von diesen Jugendlichen viel mehr geteilt, als die offizielle Schweiz wahrhaben wollte. 3. Gerade die politische Kultur der *Jugendbewegung* zeichnete sich dadurch aus, dass taktisches Denken – in geradezu übertriebenem Ausmass – verpönt war. Verlangt wurde aber

mit Recht der Mut, zu dem zu stehen, was man wirklich will. 4. Wir merkten, dass unser Denken gar nicht neu war für die Schweiz. Brodmann und Saner habe ich bereits erwähnt. Aber schon in den zwanziger und dreissiger Jahren war dieses Denken für *Leonhard Ragaz* eine Selbstverständlichkeit.

Mobilisierende Kraft für den rationalen Diskurs ging auch vom Umgang mit zwei Heiligtümern aus: Heilig in der Schweiz ist nicht nur die Armee, sondern auch die Demokratie. Wer das eine Heiligtum mit dem andern in Frage stellt, kann nicht des Teufels sein, weil er ja eine geheiligte Institution einsetzt. Das brachte die Gegenseite bis zuletzt in Legitimationsschwierigkeiten.

Marc Spescha: Die *Radikalität* auf einem bisher tabuisierten Gebiet hat Aufmerksamkeit geschaffen und zur Diskussion eingeladen. Bei der jüngeren Generation, die den Nationalmythos der Armee nicht in sich trägt, kamen vor allem die «geistigen Handgranaten», diese dialogfeindlichen Verunglimpfungen der Initiantinnen und Initianten, nicht an. Anfangs der achtziger Jahre konnte man mit Bezug auf pazifistische Aktivitäten noch von «Fernsteuerung» daherreden. Alt Bundesrat Rudolf Friedrich lieferte den Beweis, dass dies vor der Abstimmung nicht mehr möglich war. Sein Versuch, uns persönlich zu diffamieren, wirkte aus der Sicht der Armeebefürworter durchwegs kontraproduktiv. Niemand war mehr bereit, uns als vaterlandslose Gesellen abstempeln zu lassen. Vor allem die Jugend wollte Argumente hören. Nur nebenbei gesagt: Auch wenn *wir* Tendenzen zeigten, den Gegner allzu plump zu attackieren, fand das kaum Sympathie.

NW: Wie hast Du, Esther Rasumowsky, diese Öffnung der Gesellschaft in Richtung mehr Diskurs wahrgenommen?

Esther Rasumowsky: In den ersten Jahren waren die Diskussionen in meinem Publikum sehr viel engagierter und emotionaler. Mit der Zeit wurde das *Thema selbstverständlich.* Die Argumente waren bekannt und rissen die Leute nicht mehr aus den Sesseln. Darüber war ich einerseits traurig, anderseits aber auch froh. Das ist auch der Grund, warum das Stück jetzt eine Pause braucht.

Die Unbefangenheit emanzipierter Frauen

NW: Gilt das, was Marc Spescha von der neuen Offenheit der Jugend sagt, nicht auch von den Frauen?

Esther Rasumowsky: Was mich betrifft, war diese Offenheit auch ein Stück weit Naivität. Es war aber eine sehr *heilsame Naivität.* Wären wir uns zum voraus aller möglichen Konsequenzen bewusst gewesen, so hätte das uns gelähmt. Weder wir noch diejenigen, die uns vor einer Spaltung der Friedenskräfte und vor «Kontraproduktivität» warnten, konnten ja damals ahnen, wie die Entwicklung in der Welt und bei uns weitergehen würde. Die Begeisterungsfähigkeit, ohne zu wissen, wohin uns das Ganze führt, war wichtig.

Als Frau hatte ich natürlich auch eine *Narrenfreiheit* und war entschlossen, sie zu nutzen. Ich musste einerseits nicht Militärdienst leisten. Auf der andern Seite war ich damals noch Hausfrau und nicht in einen Betrieb oder in eine Institution integriert, wo ich irgendwelche Konsequenzen hätte befürchten müssen. Viele Frauen haben diese Unabhängigkeit, da sie nicht im gleichen Ausmass integriert sind wie die Männer.

Im Verlauf dieser Jahre habe ich etwas sehr Wichtiges gelernt. Es begann 1981 in Prag bei der grossen Frauenfriedenskonferenz. Dabei ist mir die *Austauschbarkeit der Feindbilder*, ihre beidseitig konstruierte Künstlichkeit, erstmals so richtig bewusst geworden. Ich habe diese Erfahrung anhand der Presse, am Fernsehen, bei Ansprachen, vor Kriegsdenkmälern, im Museum des KZ Theresienstadt usw. gemacht. Alles war spiegelbildlich identisch mit der Art und Weise, wie Feindbilder bei uns hergestellt werden. Daraus ist denn auch mein Stück hervorgegangen.

Es ist uns wohl ähnlich ergangen wie heute den Menschen in Osteuropa, die plötzlich merken, welchem Popanz sie aufgesessen sind: Wir hatten die *Angst verloren*, auch den Respekt vor den staatlichen und den andern Autoritäten. Sie sind mir immer lächerlicher vorgekommen, und ich habe angefangen, zum Beispiel einem hohen Beamten im Eidgenössischen Militärdepartement Briefe zu schreiben, was ich zehn Jahre vorher niemals gemacht hätte.

(Der Briefwechsel ist dokumentiert in: Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee, Basel 1986, S. 222ff.).

Andreas Gross: Diese Unbefangenheit hatte schon etwas Befreiendes und Packendes. Wir waren die *Antithese* zu jener Schweiz, von der Frisch gesagt hat, sie suche die Zukunft in ihrer Vergangenheit oder meine, um Realist zu sein, genüge es, die Utopien abzulehnen. Diese versteinerte Schweiz, die damals «Packeis» hiess, wollten wir aufbrechen. Insofern gibt es in der Tat eine historische Verwandtschaft zwischen dem Fall der Mauer in Berlin und der gleichzeitigen Abstimmung über die Armee, dieses Symbol für helvetische Mauern.

Esthers Antwort zeigt auch, warum wir beim Unterschriftensammeln den Eindruck gewannen, dass die Initiative mehr von Frauen als von Männern unterstützt würde. In den Umfragen hat es dann allerdings geheissen, die Männer hätten sich mehr für die Armeeabschaffung ausgesprochen als die Frauen. Tatsächlich hat eine grosse Zahl von Männern durch den Militärdienst den Respekt gegenüber der Armee verloren. Bei den Frauen ist das Meinungsspektrum gegenüber der Armee grösser. Die Initiative wurde von *emanzipierten Frauen* unterschrieben, die andern sind uns wohl weniger begegnet. Nichtemanzipierte Frauen, und sie stellen nach wie vor die Mehrheit, tendieren eher dazu, Schutz an den Mann und an die Institution zu delegieren, zu glauben, was man über Instanzen sagt, die sie nicht kennen...

Esther Rasumowsky: ...und sich der Autorität zu unterwerfen. Es heisst dann jeweils: «Mein Mann sagt...»

«Entkriminalisierte» Militärverweigerung – ein Etikettenschwindel

NW: *Wie geht es nun weiter? Die Frage wäre nicht nur an Euch zu richten, sondern auch an jene, die an der Armee festhalten wollen. Hier dominierten zunächst die Durchhalteparolen, die sich vor allem bei der Verabschiedung des unveränderten Hochrüstungsbudgets 90 in den Eidgenössischen Räten niederschlugen. Auch das Planungskonzept «Armee 95» (Reduktion des Sollbestandes der Armee um 100 000 Mann und Verkürzung der Dienstpflicht für Soldaten und Unteroffiziere vom 50. auf das 42. Altersjahr) hat nicht friedenspolitische, sondern technokratische Beweggründe. Neuerdings erscheint den bürgerlichen Parteien wenigstens bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge eine «Denkpause» angezeigt. Ist das nur momentane Verunsicherung oder Indiz eines Umdenkens?*

Andreas Gross: Die Million Ja-Stimmen am 26. November hat die offizielle Schweiz in einen *geistigen Schockzustand* versetzt. Viele sind sich bewusst geworden, dass die Mehrheit heute für einen Zivildienst, gegen neue Kampfflugzeuge und neue Rüstungsausgaben ist, aber die offizielle Schweiz braucht Zeit, um daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wir müssen ihr diese Zeit lassen, ohne natürlich untätig zuzusehen.

NW: *In der Dezembersession hat der Nationalrat durch eine Revision des Militärstrafgesetzes auch die Militärverweigerung «entkriminalisiert». Wer den Militärdienst verweigert, muss künftig nicht mehr ins Gefängnis, wird jedoch zu einer Zwangsarbeit von 18 Monaten verurteilt. Wie beantwortet die GSoA diese «Lösung», die im Grunde weit weniger eine Lösung als vielmehr eine Provokation ist?*

Marc Spescha: Dieser Einschätzung ist zuzustimmen. Was als «Entkriminalisierung» verkauft wird, ist ein Etikettenschwindel. Die veröffentlichte Meinung ist ihm zu einem grossen Teil auf den Leim gekrochen und nennt das Ganze einen «Schritt in die richtige Richtung». Aus meiner Sicht als Militärverweigerer und GSoA-Mitglied wäre es verhängnisvoll, wenn diese Pseudolösung durchgesetzt werden könnte, da sie gegenüber dem heutigen Zustand eine *Verschlechterung* bedeuten würde. Die Vorlage enthält eine weitere Aufspaltung von «guten» und «bösen» Militärverweigerern, weil nach wie vor zwischen politischen und ethischen oder religiösen Verweigerern unterschieden wird. Sie würde aber nicht nur für die «bösen» härtere Strafen bringen, sondern auch für die «guten», für die man angeblich eine Lösung sucht, die Situation verschlimmern. Jener Drittel der 600 bis 800 Verurteilten, der heute aufgrund ethischer oder religiöser Motive privilegiert wird, kann die Strafe von maximal sechs Monaten, bei guter Führung vier Monaten,

in Halbgefangenschaft absitzen. Die Verurteilten dürfen also untertags ihrer Berufsarbeit nachgehen und müssen sich nur während der Nacht im Gefängnis aufhalten. Statt sechs bzw. vier Monaten müssten diese Verweigerer künftig eine Zwangsarbeit von 18 Monaten in Kauf nehmen.

Diese «Lösung», die über die Köpfe der Verweigerer hinweg getroffen wurde, ist eine gesetzgeberische Fehlleistung, die hoffentlich nie in Kraft treten wird. Sie würde das Klima in der Schweiz nicht beruhigen, sondern die Gegensätze erst recht verschärfen. Vor allem würde die Militärverweigerung noch immer nicht als Menschenrecht anerkannt. Bei diesem Massenschlaf der bürgerlichen Gewissen, bei dieser Fortsetzung eines achtzigjährigen Trauerspiels, glaube ich, dass es an der Zeit ist, dass die GSoA in die Offensive geht und die Idee der *Massenverweigerung* zur Diskussion stellt.

***NW:** Wäre das nicht auch ein Thema für ein Puppenspiel: Wie mit dem «Drachen» das menschliche Gewissen vergewaltigt wird?*

Esther Rasumowsky: Das Ganze ist schon eine *totale Farce,* daraus kann ich nicht noch mal eine machen. Hier ist die Realität die grösste Satire. Sie lässt sich nicht mehr karikieren.

Andreas Gross: Wir sind das *einzige Land* in Europa, das noch keinen zivilen Ersatzdienst kennt, gleichzeitig das Land mit dem höchsten Anspruch, demokratisch zu sein und die Menschenrechte zu beachten. Das Land verliert seine äusseren Feinde. Eine Million Menschen stellen gar die Armee in Frage. Und in dieser Situation will die bürgerliche Mehrheit eine solche Farce durchziehen. Die Leute merken doch, dass hier etwas nicht stimmt. Wir müssen nachhelfen, dass diese gewandelte öffentliche Meinung auch in der Gesetzgebung sich durchsetzt.

Aufruf zur Massenverweigerung?

***NW:** Marc Spescha hat eben den Vorschlag einer Massenverweigerung aufgegriffen, mit dem sich die GSoA am 20./21. Januar in Delsberg auseinandersetzte. In einer Agenturmeldung steht, dass die GSoA die Armeeabschaffung als «langfristiges Ziel weiterverfolgen» und in der Zwischenzeit die «Massenverweigerung des Dienstes in der Gesamtverteidigung» propagieren werde. Wie ist dieser Aufruf zur Massenverweigerung zu verstehen?*

Andreas Gross: Die 200 Leute, die in Delsberg zusammengekommen sind, haben diese Idee als eine unter vielen andern Ideen *zur Diskussion* gestellt. Die Idee will sorgsam bedacht sein. Eine Entscheidung ist erst an der Vollversammlung vom 18. März vorgesehen. Verweigert würden Militär- und Zivilschutzleistungen, Steuern usw. Die Idee hat ihre Sprengkraft, weil dadurch das Strafgesetzbuch tangiert wird, das schon die Aufforderung zur Militärverweigerung mit Gefängnis bedroht. Um nicht einzelne zu gefährden, müsste das Ganze als eine kollektive Aktion durchgeführt werden.

Marc Spescha: Esther hat gesagt, die Umwälzungen im Osten und die Million Ja-Stimmen seien ein Ausdruck verlorener Angst. Ich möchte viele Menschen ermutigen, die Angst vor jenen Gesetzen zu verlieren, die ihre Persönlichkeitssphäre krass missachten. Viele «Ichs ohne Armee» sind die individuelle Konsequenz des kollektiv demonstrierten Ja an der Urne. Was die Initiative an *Radikalität* hat auslösen können, würde durch die Massenverweigerung fortgesetzt. Wir würden einer Verpflichtung unseren Respekt aufkündigen, die heute moralisch weniger denn je begründbar ist. In dem Moment, wo die Herrschaften im Osten stürzen, wäre eine solch massenhafte Verweigerung die adäquate schweizerische Antwort.

In meiner Dissertation «Rechtsbruch und sozialer Wandel» habe ich mich mit der Frage auseinandergesetzt, wie *politische Veränderungen* zustandekommen. Eine Initiative formuliert einerseits einen Diskussionsanspruch und anderseits einen Willen zur konkreten Veränderung. Dieser Wille zur Veränderung wird aber durch die Diskussion allein nicht befriedigt. Politische Veränderungen kommen vielfach nicht schon aufgrund des besseren Arguments, sondern erst durch sozialen Druck zustande. Dabei kann der Rechtsbruch ein Bewegungsmoment in Prozessen der Veränderung sein. Darum sind die Rebellen und Straftäter von gestern nicht selten die «Helden» von morgen.

Andreas Gross: Dieser *zivile Ungehorsam* steht in einer alten liberalen Tradition, die

im angelsächsischen Raum selbstverständlich ist. Wie Jürgen Habermas aufgezeigt hat, ist es geradezu eine Qualität des Rechtsstaates, dass er bewusste Rechtsübertretungen im allgemeinen Interesse und unter persönlicher Inkaufnahme der Strafe als Faktor des Wandels akzeptiert und legitimiert.

Marc Spescha: Ein Gesetz ist so stark wie die Bereitschaft der Bürger, ihm Folge zu leisten. Ohne *Akzeptanz* verfehlt auch die härteste Strafandrohung ihre Wirkung. Hier, bezogen auf ein menschenrechtswidriges Gesetz, ist ziviler Ungehorsam legitim. Massenhaft betrieben, raubt er der Strafe den Makel, und das Gesetz verliert seine abschreckende Wirkung. Es wird ohnmächtig gegenüber der Macht des Lebens.

***NW:** Nach Art. 276, Abs. 1 unseres Strafgesetzbuches wird «mit Gefängnis bestraft», «wer öffentlich... zur Dienstverweigerung ... auffordert». Was löst eine solche Strafnorm in uns aus?*

Esther Rasumowsky: Ich würde bei einer solchen Aktion des zivilen Ungehorsams ohne weiteres mitmachen. Vielleicht hätte ich auch ein bisschen Angst. Aber die Angst ist für mich weniger gross als die Überzeugung, dass eine derartige Aktion notwendig wäre. Ich glaube auch, dass sie etwas bewirken würde.

***NW:** Es ginge um eine Aufkündigung von Massenloyalität. Ihr erwartet, dass etwa 5000 Personen mitmachen würden.*

Andreas Gross: Für den Aufruf selbst würden hundert bis zweihundert Personen genügen. Aber 5000 müssten sich zum Handeln verpflichten.

Marc Spescha: Der Aufruf allein würde schon eine Öffentlichkeit schaffen und die Leute zwingen, über seine Motive nachzudenken. Das kann den Druck erhöhen, endlich die notwendigen politischen Konsequenzen zu ziehen. Aufkündigung von Massenloyalität ist eines der Machtmittel, die wir haben, wenn wir sagen: «Wir sind das Volk», weil wir eine Vielzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern repräsentieren.

Andreas Gross: Ich habe 1985 meine erste Zivilschutzverweigerung so begründet. Nach der dritten Verweigerung wird mir auch eine Gefängnisstrafe bevorstehen. Frei nach Tucholsky sage ich mir: Zu bestimmten Zeiten ist das Gefängnis der vornehmste Aufenthaltsort.

Esther Rasumowsky: Das ist wie mit den Fichen der Bundespolizei. Ich wäre beleidigt, wenn mein Name darin nicht vorkäme.

Sozialer Widerstand

***NW:** Warum verbindet Ihr das Konzept «Massenverweigerung» nicht mit einem Konzept «Sozialer Verteidigung», die natürlich nicht ein Territorium, sondern soziale Wert schützen bzw. verwirklichen würde?*

Andreas Gross: Es gibt noch kein Konzept «Massenverweigerung», sondern erst eine Idee. Die Frage zielt natürlich weiter. Willy Spieler hat der GSoA vorgeworfen, dass wir dieses Konzept der Sozialen Verteidigung nicht aufgenommen haben. Wir haben 1982 bis 1985 aber intensiv über dieses Konzept nachgedacht und es jetzt auch zusammen mit dem Bund für Soziale Verteidigung in der BRD weiterentwickelt. Wir sprechen allerdings lieber nicht von «Sozialer Verteidigung» und dafür von *«umfassender Friedenspolitik»* (vgl. Andreas Gross/ Dieter Kinkelbur: Internationale Chancen der «Sozialen Verteidigung», in: Frieden mit Europa, Zürich 1989, S. 375ff.).

Marc Spescha: Was wir hier machen, ist im präzisen Sinne des Begriffs nicht «Soziale Verteidigung», sondern «Sozialer Widerstand».

Esther Rasumowsky: Ich lehne Soziale Verteidigung nicht grundsätzlich ab, sehe darin aber keine Alternative zur Abschaffung der Armee, um gewissermassen das «Vakuum» auszufüllen, das eine Schweiz ohne Armee im Bewusstsein der Bevölkerung hinterlassen würde. Solange die Leute diese Ängste haben, sind sie auch nicht bereit, die Armee abzuschaffen. Die Armee abschaffen heisst, ein Übel aus der Welt zu schaffen. Dieses Übel muss nicht kompensiert werden. Wenn es uns gelingt, durch Impfung eine Epidemie auszurotten, muss man auch nicht eine Alternative zu dieser Krankheit erfinden. Man muss die Leute davon überzeugen, dass die Armee sie tatsächlich nicht schützen kann, dann werden sie auch nicht nach einer Alternative rufen. Umfassende Friedenspolitik ist nicht eine

Reaktion, sondern etwas Aktives: ein *anderes Lebenskonzept.*

***NW:** Wie steht die GSoA zum UNO-Vorschlag einer jährlichen zehnprozentigen Kürzung der Militärausgaben, den auch Hansjörg Braunschweig im letzten Januarheft in Erinnerung ruft?*

Andreas Gross: Wir sollten eine Arbeitsteilung in unserer Bewegung akzeptieren. Der Vorschlag ist für die parlamentarische Ebene zu bejahen. Ich sehe ihn aber nicht als Inhalt einer Volksinitiative. Einerseits würde dieser Inhalt für die GSoA einen Rückschritt bedeuten. Anderseits eignet sich meines Erachtens die Form der Volksinitiative in den nächsten zwei Jahren wenig im Hinblick auf konkrete Kompromisse.

Die Kommunikationskultur weiter pflegen

***NW:** Es ist Euch gelungen, «80er» mit «68ern» zu vernetzen, Linke und Grüne, Frauenbewegung und Friedensbewegung, Kulturschaffende und Teile der Arbeiterbewegung, darunter ganze Gewerkschaftsverbände, zu einer breiten Ökopaxbewegung zu vereinigen und erst noch ins bürgerliche Lager hineinzuwirken. Ihr habt 15'000 (mehr oder weniger formelle) Mitglieder in der GSoA. Wie geht Ihr mit diesem Vertrauenskapital um?*

Marc Spescha: Wichtig ist, dass wir die Kommunikationskultur beibehalten, deren Ausdruck diese 15'000 Personen auch sind. Dazu bedarf es auch in Zukunft der Herausgabe unserer GSoA-Zeitung und weiterer Veranstaltungen, in denen wir unsere Haltung offenlegen. Das verstehe ich unter *Propaganda der Ehrlichkeit.* Auch die Überlegungen zur Massenverweigerung sind eine Offenlegung von Gedanken, mit der wir eigene Mitglieder wie Aussenstehende einladen, sich an einer grundsätzlichen Diskussion zu beteiligen und unseren Vorstoss breit abzustützen.

Aber die Idee der Massenverweigerung ist nur ein Vorschlag unter anderen. Wir haben am 21. Januar mehrere Arbeitsgruppen gebildet, die noch andere Vorschläge ausarbeiten werden. Eine weitere Idee geht dahin, zur Konkretisierung der «umfassenden Friedenspolitik» punktuelle Untersuchungen durchzuführen, zum Beispiel die Strukturen in einem Spital nach ihrer *Friedensverträglichkeit* zu beurteilen. Man könnte entsprechende Marken abgeben, wo immer solche Institutionen den Kriterien der Friedensverträglichkeit genügen. Solche Kriterien wären etwa: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, viele arbeitnehmerorientierte Teilzeitstellen, Mitbestimmung usw.

***NW:** Auf ihre Friedensverträglichkeit könntet Ihr auch Politikerinnen und Politiker prüfen und entsprechende Wahlempfehlungen abgeben.*

Andreas Gross: Eine andere Idee wäre die Durchführung einer «Tour de Suisse» durch alle Gemeinden, die der Initiative zugestimmt haben. Das sind Gegenden, in denen wir schwach sind und die Leute uns noch kaum kennen. Diese «Tour de Suisse» könnte übergehen in regionale Vollversammlungen, in denen man sich im Winter 1990/91 auf die Grundanforderungen an eine andere, offene und solidarische Schweiz besinnen würde. Der Gedanke stammt von Otto F. Walter. Auf diese Weise würden wir der Rückschau im offiziellen *Jubeljahr der Eidgenossenschaft* eine vorausschauende Alternative entgegenhalten.

Die Armee nur *eine* Bastion des Patriarchats

***NW:** Und wie geht die Diskussion in der Frauenbewegung weiter?*

Esther Rasumowsky: Ich war bei der Gründungsversammlung der Vereinigung *Tausende von Frauen für eine umfassende Friedenspolitik und eine Schweiz ohne Armee* dabei. Motiv für die Gründung war der Eindruck, dass die Frauen sich in der GSoA nicht genug einbringen können. Sie haben die Prioritäten auch anders gesetzt. Die «umfassende Friedenspolitik» kommt an erster, die «Schweiz ohne Armee» erst an zweiter Stelle. (Ich selbst bin viel zu antimilitaristisch eingestellt, als dass ich diese Umstellung der Prioritäten bejahen könnte.) Die «Tausende von Frauen» haben sich aus der GSoA heraus entwickelt, aber ihre Ziele und Themen unterscheiden sich überhaupt nicht von den «Frauen für den Frieden». Es sind einfach wieder andere Frauen, die gewonnen wurden.

Andreas Gross: Das gehört natürlich auch zur Heterogenität der GSoA, dass sich hier eigentlich niemand ganz zu Hause fühlt. Auch ich komme mir oft wie ein Exot in der GSoA vor. Aber das ist das Wesentliche an dieser Bewegung, dass hier ganz verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen zusammenkommen und gleichwohl fähig sind, miteinander zu handeln.

Esther Rasumowsky: Ich muss Dir ein bisschen widersprechen. Es ist nicht das gleiche, ob Du als Individuum ein Exot bist, oder ob Du aufgrund Deines Geschlechts schon als Exotin giltst. Aus diesem Grund wurden «Tausende von Frauen» gegründet.

NW: *Wie siehst Du die weitere Entwicklung der Frauen-Friedensbewegung?*

Esther Rasumowsky: Ich frage mich, inwiefern wir den Einfluss des Militärs, insbesondere der Rekrutenschule auf die jungen Männer nicht überschätzt haben. Für mich war die Armee zwar immer nur die *Spitze des Eisbergs*. Aber vielleicht sind die Leute doch autonomer und weniger ängstlich, als wir das ihnen zugetraut haben. Gerade unter den jüngeren Männern sehe ich zur Zeit eine grössere Distanz zum Militär und nicht mehr diese Bereitschaft, sich zum «Mann» abrichten zu lassen, wie noch vor wenigen Jahren. Für mich ist die Armee wohl eine Bastion des Patriarchats, aber wirklich nur eine. Wenn wir die Armee abgeschafft hätten, wäre das Patriarchat trotzdem noch da, es hätte nur ein Bein weniger, wenngleich ein wichtiges.

NW: *Also müssten Frauenbewegung und Friedensbewegung erst recht – und hoffentlich gemeinsam – weiterarbeiten, selbst wenn die Armee abgeschafft wäre. Das führt zur letzten Frage: Wann kommt die nächste Armeeabschaffungs-Initiative?*

Andreas Gross: Noch vor dem Jahr 2000.

NW: *Im Namen unserer Leserinnen und Leser danke ich Euch, Esther, Andi und Marc, für dieses Gespräch.*

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Der latente Bürgerkrieg

«Noch ist unser Staat kein Spitzelstaat. Doch die Zeichen mehren sich, dass er nichts unternimmt, um diesem fatalen Trend zu wehren.» Das stand vor bald zwölf Jahren in den «Zeichen der Zeit» (NW 1978, S. 327), als Bundesrat und bürgerliche Parlamentsmehrheit eine «Bundessicherheitspolizei» einführen wollten. «Terrorbekämpfung» diente schon damals als Vorwand für die Aufrüstung des staatlichen Repressionsapparates gegen oppositionelle Minderheiten.

Nun ist es «offiziell»: Was in der Schweiz links von der Mitte sich bewegt, wird bespitzelt, überwacht und registriert, mitunter auch durch klammheimliche «Berufsverbote» von öffentlichen und privaten Arbeitsstellen ausgeschlossen. Um die 500000 Personen hat die Politische Polizei auf 900000 Fichen erfasst. Der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) brachte es an den Tag.[1] Inzwischen musste Bundespräsident Koller mit neuen Enthüllungen aufwarten: Im Justiz- und Polizeidepartement gibt es zusätzliche Dossiers über «vertrauensunwürdige Bundesbeamten» und 10000 «Extremisten» (darunter Leute, die «kommunistische Zeitungen» abonniert haben), eine «Jura-Kartei» sowie Registraturkarten über «Ost-Reisende», «Terroristen» und «Sympathisanten». Im Keller der Bundesanwaltschaft lagert gar ein Archiv des Roten Kreuzes mit den Personalien von 180000 ausländischen Ferienkindern und ihren Gastfamilien, um «Hinweise in Spionagefällen» zu erhalten. Auch das Eidgenössische Militärdepartement ist nicht untätig geblieben. Die Abtei-